

Liebe Landsleute,

in dem vorliegenden Flugblatt möchten wir darlegen, warum eine Stimmabgabe bei Wahlen für bürgerliche und linke Parteien den Interessen des deutschen Volkes schadet. Linke Parteien – wie SPD, Grüne, Die Linke, DKP, MLPD – sowie die DGB-Gewerkschaften vertreten nicht die Interessen deutscher Arbeitnehmer!

# Die deutsche Linke ist volksfeindlich!

- DGB-Gewerkschafter haben immer wieder als Betriebsräte für Entlassungen und für Lohnkürzungen gestimmt. Erst kürzlich stimmten DGB-Betriebsräte Lohnkürzungen bei der Opel AG und bei der Daimler AG zu.
- Die Führungen der DGB-Gewerkschaften unterstützen auch nicht die Montagsdemonstrationen, die in vielen deutschen Städten gegen den Sozialabbau durch „Hartz IV“ organisiert werden.
- Die deutsche Linke hat insgesamt ein gebrochenes Verhältnis zur eigenen deutschen Nation. Auf DGB-Veranstaltungen treten zwar türkische Bauchtanzgruppen auf, aber die deutsche Kultur wird gegenüber einer „multikulturellen Gesellschaft“ aufgegeben. Schließlich zahlen viele Fremdarbeiter bei DGB-Gewerkschaften ihre Mitgliedsbeiträge, wodurch die Gewerkschaftsbonzen gemästet werden. Den Kapitalisten nutzen die vielen Fremdarbeiter als Lohndrücker! Diese Zusammenhänge werden vom DGB verschleiert.
- Die Volksfeindlichkeit führt auf der Linken soweit, daß einzelne Linke, die sich positiv zur deutschen Nation positionieren, sozial ausgegrenzt werden. Der bekannte linke Journalist Jürgen Elsässer mußte gar bei „Junge Welt“ und bei „Neues Deutschland“ seinen Hut nehmen, weil er beabsichtigt, auf Grundlage des deutschen Nationalstaats Widerstand gegen das Finanzkapital zu leisten. Ebenso ergeht es Christa Müller, die wegen ihrer wertkonservativen Vorstellungen in der Familienpolitik in der Linkspartei bekämpft wird und für ihren Kurs in dieser Partei keine Mehrheit findet.
- Die radikale Linke ist sogar bereit, auf die deutsche Arbeiterklasse zu schießen, sollten die Arbeiter nicht mit den Zielen der Kommunisten einverstanden sein. Als sich am 17. Juni 1953 in der DDR die Arbeiter gegen die „Normenerhöhung“ (längere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn) erhoben, dagegen Massenstreiks organisierten, ließen die Kommunisten Panzer gegen ihr eigenes Volk anrücken. 75 Arbeiter wurden von den Sowjets und der SED ermordet. Es kam zu Hinrichtungen. Immer mehr Bürger verließen die DDR in Richtung Westen. Wer sich nicht anpaßte, kam nach „Bautzen“ oder in andere Gefängnisse. In der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) wurden sogar die Konzentrationslager des Dritten Reiches – wie das KZ in Buchenwald bei Weimar – von den neuen kommunistischen Machthabern weiterbetrieben. Zu den Inhaftierten zählten nicht nur Nationalsozialisten, sondern auch Konservative, Christen, Sozialdemokraten und sozialistische Anti-Stalinisten.



- Allerdings war in der DDR nicht alles schlecht gewesen. Am Ende hatte die DDR einige soziale Errungenschaften wie das Recht auf einen Arbeitsplatz vorzuweisen. Zudem gab es in der DDR mehr deutsche Kultur als in Westdeutschland. Auch war in der DDR die Kriminalität und die Überfremdung mit Ausländern wesentlich geringer als in der BRD. Gastarbeiter wurden in der DDR nach gewisser Zeit wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt.

- Aber die meisten Linken wollen genau von diesen Errungenschaften der DDR nichts wissen! Sie verachten das Volk, dem sie selbst angehören. Ihr Selbsthaß drückt sich in ihrem pathologischen „Antifaschismus“ aus. Sie bekämpfen genau die politischen Organisationen, die die politische Alternative zum BRD-System, zu kapitalistischer Ausbeutung und Überfremdung, verkörpern. Die Linken bekämpfen den deutschen Nationalen Widerstand.

- Linke, die wie Oskar Lafontaine 2005 auf der Chemnitzer Montagsdemonstration kritisieren, daß „Fremdarbeiter deutschen Familienvätern die Arbeit wegnehmen“, müssen in ihren eigenen Reihen mit Angriffen rechnen. So distanzieren sich Lothar Bisky und andere Funktionäre der Linkspartei von Lafontaines Kritik an der Fremdarbeiter-Beschäftigung. Die Linke steht insgesamt für die sogenannte „Multi-kulturelle Gesellschaft“.

- „Antifaschismus“ und „Multikulti“ sollen gerade bei den deutschen Kommunisten darüber hinweg täuschen, daß es ihnen in Wirklichkeit gar nicht mehr um eine sozialistische Revolution geht. Die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“, die MLPD, beispielsweise lehnt auf den Nürnberger Montagsdemonstrationen das Verbot von Zeitarbeitsfirmen kategorisch ab. Auch die Forderung nach Verstaatlichung von Privatbanken, Konzernen und Aktiengesellschaften wird von MLPD-Funktionären zurückgewiesen. Solche „Kommunisten“ sind in Wirklichkeit Revisionisten und Reformisten. Ihnen geht es in ihrer kleinbürgerlichen Denkweise nur noch um soziale Reformen im Rahmen des kapitalistischen Systems.

- Aber auch Gregor Gysi von der Partei „Die Linke“ ist jederzeit bereit, seine Wahlversprechen zu brechen. So erklärte er sich 2008 nach den Landtagswahlen in Hessen sofort bereit, in einer linken Landesregierung 1-Euro-Jobs mitzutragen. In der Berliner Landesregierung trägt „Die Linke“ seit Jahren „Hartz IV“ mit.

- Die politische Alternative kann nur ein sozialrevolutionärer Nationalismus darstellen. Nur ein politisches und wirtschaftliches System, das vom deutschen Volk, vor allem von den deutschen Arbeitnehmern getragen wird, kann die Zukunftsvision sein. Treten Sie mit uns in Kontakt! Organisieren Sie mit uns den nationalen Widerstand gegen kapitalistische Ausbeutung!

---

Buchempfehlung zu diesem Thema:

Jürgen Schwab „Angriff der neuen Linken. Herausforderung für die nationale Rechte.“  
Hohenrain-Verlag, Tübingen 2008, 376 Seiten, zahlreiche Abbildungen, 19,80 Euro.

Sache des Volkes ([www.sache-des-volkes.info](http://www.sache-des-volkes.info))  
Bund Frankenland e.V. ([www.bund-frankenland.de](http://www.bund-frankenland.de))  
Freies Netz Süd ([www.freies-netz-sued.net](http://www.freies-netz-sued.net))

Zuwendungen an: Bund Frankenland e.V.  
Sparkasse Mainfranken-Würzburg  
BLZ: 790 500 00 / Konto-Nr. 441 026 71

